



DGfM

Deutsche Gesellschaft für
Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V.

MEDIEN-INFORMATION **DER DGfM**

PRESSE-MITTEILUNG

9. September 2021

Die Parteien müssen beim Wohnungsbau zur Wahl nochmals nachlegen

„Ampel-Haus-Check“ der Wahlprogramme:

Wir brauchen einen „Wumms beim Wohnungsbau“

Der Wohnungsbau und die Wahlprogramme: Wer eine bezahlbare Wohnung sucht, der könnte auch in den kommenden vier Jahren damit noch ein Problem haben. Das lässt ein Parteien-Check erkennen, der im Auftrag der Aktion Impulse für den Wohnungsbau gemacht wurde: „Keine der untersuchten Parteien verspricht in ihrem Wahlprogramm ein ‚politisches Vollpaket‘, um die massiven Defizite im Wohnungsbau zu beseitigen. Wenn CDU und CSU, SPD, Grüne, FDP und Linke nicht noch einmal nachlegen, bleibt das Wohnen eine der drängendsten Alltagsorgen der Menschen“, sagt Dr. Ronald Rast. Er ist Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau sowie Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“. In dem Bündnis haben sich mehr als 30 Verbände, Organisationen und Institutionen zusammengeschlossen.

Das Wohnungsbau-Bündnis hatte bei den Wahlprogrammen 16 Kriterien untersucht – von mehr sozialem und bezahlbarem Wohnungsbau bis zur besseren Chance auf Wohneigentum für Selbstnutzer. Im Fokus des Parteien-Checks standen ebenso die Vermeidung von Kostentreibern durch staatliche Auflagen und schlankere Genehmigungsverfahren. Aber auch das klimagerechte Sanieren und mehr Seniorenwohnungen. Außerdem die Weiterentwicklung optimaler Baustoffe.

Das Ergebnis auf den Punkt gebracht: „Würden für die demokratischen Parteien im Bundestag die Regeln einer ‚Wohnungsbau-Verkehrsordnung‘ gelten, dann hätte jede Partei mindestens einmal ein Stoppschild für ein sehr wichtiges Entwicklungsthema gesetzt. Der nach der Wahl dringend nötige ‚Wumms beim Wohnungsbau‘ ist so nicht in Sicht“, so Ronald Rast. Dabei sei das Wohnen nicht nur irgendeine, sondern die zentrale soziale Frage – mit reichlich sozialem Sprengstoff.

Es sei fatal, dass quer durch alle politischen Lager ein äußerst wichtiger Punkt für die Parteien keine Rolle spiele: ein eigenständiges Bauministerium. „Die neue Bundesregierung muss insbesondere dem Wohnungsbau endlich – nach 23 Jahren (!) – wieder das Gewicht am Kabinettstisch geben, das er dringend braucht und verdient hat. Der Wohnungsbau darf nicht länger als ‚politisches Beiboot‘ von den Ressorts Inneres und Heimat oder Umwelt mitgeschleppt werden“, sagt Ronald Rast.



MauerWerk™
Massiv bauen. Besser leben.

MauerWerk™ ist eine Marke der DGfM.

Besser, ehrlicher und für die eigenen Wahlaussichten günstiger für alle Parteien wäre es, jetzt – unmittelbar vor der Wahl – die wohnungsbaupolitischen Ziele und deren Umsetzung nochmals zu überprüfen. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat dies bereits erkannt und – über die Zusagen seines Wahlprogramms hinaus – die Zielmarke von 400.000 Neubauwohnungen gesetzt. Spätestens bei den Koalitionsverhandlungen müssen die Partner die Karten ohnehin auf den Tisch legen und ihr Ziel beim Wohnungsneubau klar benennen. Die Union habe hier im Wahlprogramm bereits die Messlatte bei 375.000 Neubauwohnungen pro Jahr (1,5 Millionen bis 2025) gelegt. SPD, Grüne und Linke wurden zusätzlich bei der Zahl zu schaffender Sozialwohnungen konkret.

„Auf keinen Fall darf sich eine künftige Koalition auf einen halbherzigen Kompromiss einlassen. Bei den Wohnungsbau-Zielen der neuen Bundesregierung gilt der maximale Einsatz und nicht das minimal Mögliche“, so Ronald Rast. „Es geht hier nicht um einen Überbietungswettbewerb. Es geht schlicht und ergreifend darum, dass sich Deutschland nicht erlauben kann, noch eine Wahlperiode mit angezogener Handbremse beim bezahlbaren und sozialen Bauen und Wohnen zu fahren. Die Menschen brauchen eine mutige, effektive und konsequente Wohnungsbaupolitik“, so Rast.

Dafür müsse die neue Bundesregierung Entschlossenheit zeigen und erhebliche Mittel in die Hand nehmen. Allein die dringend notwendige Klimasanierung und das altersgerechte Sanieren würden für den Bundeshaushalt bereits eine enorme finanzielle Kraftanstrengung sein – und das über Jahre hinweg. Darüber müssten sich alle, die im Herbst in Koalitionsverhandlungen treten, im Klaren sein. „Allerdings darf die Tatsache, dass deutlich mehr saniert werden muss, auf keinen Fall zu Lasten des Neubaus gehen: Gerade beim sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau muss ebenfalls kräftig nachgelegt werden. Bis 2025 und auch danach gilt: deutlich mehr neu bauen, deutlich mehr sanieren und auch bedarfsgerecht umbauen“, erklärt Rast.

Hinweis für die Redaktion

- Der „Ampel-Haus-Check“ wird als kompakter Überblick auf der Internetseite der DGfM unter www.dgfm.de zum Download zur Verfügung gestellt.

FOTO



Bild-Unterzeile

„Ampel-Haus-Check“ der Wahlprogramme: Zu viel Rot, immer wieder Gelb – und nicht ein einziges Wohnungsbau-Kriterium, bei dem alle Parteien klar sagen, dass sie es konsequent anpacken wollen. Die nüchterne Bilanz der bisherigen Wohnungsbaupolitik: „Mieten und Baugrundstücke schießen in den Himmel, immer weniger Menschen können sich eine neue Wohnung überhaupt noch leisten. Vom Wohneigentum können die allermeisten nur noch träumen“, sagt Dr. Ronald Rast, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V. (DGfM).

Fotomontage: Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ | Alireza Khalili

Das Foto wird zur redaktionellen Verwendung überlassen.
Auf Nennung von Rechteinhaber/Fotograf kann verzichtet werden.

	In Ihrem Wahlprogramm treten Sie dafür ein, dass ...	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
Aussagen zum Wohnungsneubau	... neue Wohnungen in Deutschland gebaut werden.	Bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen	Neubau von 100.000 Sozialwgh./Jahr (Scholz: 400.000 neue Wohnungen/Jahr)	Mit neuer Wohngemeinnützigkeit 1 Million zusätzl. Mietwohnungen; den Bestand an Sozialwohnungen über zehn Jahre um 1 Million erhöhen.	Bis zu 250.000 Sozialwohnungen pro Jahr	k.A.
Sozialer Wohnungsbau I	... mindestens 80.000 neue Sozialmietwohnungen pro Jahr neu gebaut werden.					
Sozialer Wohnungsbau II	... dass mindestens 5 Mrd. Euro für die soziale Wohnraumförderung pro Jahr längerfristig (von Bund und Ländern) zur Verfügung gestellt werden?					
Bezahlbares Wohnen I	... spezielle Förderinstrumente für Regionen geschaffen werden, die vom Wohnungsmangel betroffen sind?					k.A.
Bezahlbares Wohnen II	...die sachgerechte Regel-AfA von 2 auf mindestens 3 Prozent erhöht wird?					
Wohneigentum I	... die Erwerbsnebenkosten – insbesondere für den Ersterwerb von Wohneigentum – gesenkt werden?					
Wohneigentum II	... eine Wohneigentumsförderung geschaffen wird? Wenn ja, welche?		k.a.			
Bereitstellung von Bauflächen I	... eine preisgünstige Vergabe öffentl. Bauflächen für den geförderten, preisgebundenen Wohnungsbau erfolgt?					k.A.
Bereitstellung von Bauflächen II	... innerörtliche Bauflächen zügig geschaffen und die planungsrechtlichen Vorgaben hierfür fortentwickelt werden?					
Energetische und altersgerechte Sanierungen I	... energetische Sanierungsmaßnahmen auch an vermieteten Wohngebäuden durch Steuererleichterungen und staatliche Zuschussregelungen wirksam gefördert werden?					k.A.

	In Ihrem Wahlprogramm treten Sie dafür ein, dass ...	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	FDP
Energetische und altersgerechte Sanierungen II	... es bei der staatl. Förderung von energetischen Sanierungen bei vermieteten Wohngebäuden eine Entlastung von Mietern und auch Vermietern als festes Förderkriterium gibt?					k.A.
Bauen im Bestand	... es bei Umnutzung, Umbau und Aufstockungen von Bestandsgebäuden Vereinfachungen im Bauplanungs- und Bauordnungsrecht gibt und bei Ersatzneubau der Bestandsschutz gewahrt wird?		k.A.			
Baustoffe I	... die Forschung und Entwicklung klimaneutraler Baustoffe staatlich gefördert wird?					k.A.
Baustoffe II	... mit Blick auf Baustoffe volle Technologieoffenheit im Bauordnungsrecht gegeben ist, dass es also keine Bevorzugung einzelner Baustoffe gibt?					
Staatl. Auflagen/ Baukosten I	... alle Gesetze, Verordnungen u. Normen für den Wohnungsbau künftig konsequent daraufhin geprüft werden, ob Baukostensenkungspotenziale bestehen als auch etwaige durch sie hervorgerufene Mehrkosten im Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen stehen?		k.A.	k.A.		
Staatl. Auflagen/ Baukosten II	... Bau- und Genehmigungsprozesse in Bauämtern (u.a. durch Digitalisierung und Personalaufstockung) und damit Bauprozesse beschleunigt werden?		k.A.			
Bauministerium	... die Zuständigkeiten und Kompetenzen für Planen und Bauen in einem Bauministerium zusammengeführt werden?	k.A.	k.A.		k.A.	k.A.
Zusammenfassung		7	7	12	12	8
		3	0	2	0	0
		5	4	1	3	2